

Pressekonferenz

Prof. Dr. August-Wilhelm Scheer, BITKOM-Präsident

Vortrag bei der Pressekonferenz zur Bewertung der Wahlprogramme

Berlin, 9. September 2009

Seite 1

Guten Morgen meine Damen und Herren!

ich begrüße Sie sehr herzlich zu unserer Pressekonferenz. Wir stellen Ihnen heute eine Bewertung der Wahlprogramme der Parteien vor. Dabei sind wir im Vorfeld neue Wege gegangen und haben – passend zum Thema – einen quasi basisdemokratischen Ansatz gewählt. Wir haben zunächst den Parteien Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben und dann unsere Mitglieder gebeten, die uns übermittelten inhaltlichen Positionen der Parteien zu den Kernthemen der Hightech-Politik zu bewerten.

Die von BITKOM vertretene ITK-Branche hat als eine der wenigen während der Krise nicht gejamert. Die Branche ist zwar auch ins Minus gedreht, steht aber immer noch stabiler als der Rest der Wirtschaft. Im Jahr 2010 rechnen wir schon wieder mit einer schwarzen Null. Ähnlich wie der ifo-Index ist auch der BITKOM-Branchenindex in diesen Tagen erstmals seit einem Jahr wieder gestiegen. Dies nur am Rande, Einzelheiten dazu können wir Ihnen in Kürze vorstellen.

Trotz ihrer Stärke wird die ITK-Industrie als tragende Säule der deutschen Wirtschaft vielfach unterschätzt. Wer über die deutsche Industrie spricht, denkt an Automobil- und Maschinenbau, Elektrotechnik, Chemie, Bau. Nur wenige denken dabei an IT und Telekommunikation. Und das, obwohl die Branche nach Umsatz gerechnet die Nummer drei und nach Beschäftigten gerechnet sogar die Nummer zwei in der deutschen Industrie ist. Die deutschen ITK-Firmen stehen für einen Gesamtumsatz im In- und Ausland in Höhe von fast 200 Milliarden Euro. In der ITK-Industrie sind hier zu Lande derzeit rund 830.000 Menschen beschäftigt. Allein die Anbieter von Software und IT-Services haben seit dem Jahr 2000 rund 100.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Die Branche selbst ist ein Jobmotor, beflügelt aber auch andere Industriezweige. Rund eine Million IT-Experten arbeiten in den so genannten Anwenderbranchen, sie bringen Intelligenz ins Auto, in Maschinen, Anlagen und Elektrogeräte. Sie entbürokratisieren die Verwaltung, bringen die Banken ins Internet und modernisieren das Gesundheitswesen. Eine im internationalen Maßstab erfolgreiche Wachstumspolitik für die Zeit nach der Wirtschaftskrise ist deshalb ohne Informations- und Kommunika-

Bundesverband
Informationswirtschaft,
Telekommunikation und
neue Medien e.V.

Albrechtstraße 10 A
10117 Berlin
Tel. +49. 30. 27576-0
Fax +49. 30. 27576-400
bitkom@bitkom.org
www.bitkom.org

Ansprechpartner
Maurice Shahd
Pressesprecher
Wirtschaftspolitik
und Konjunktur
Tel. +49. 30. 27576-114
Fax +49. 30. 27576-400
m.shahd@bitkom.org

Präsident
Prof. Dr. Dr. h.c. mult.
August-Wilhelm Scheer

Hauptgeschäftsführer
Dr. Bernhard Rohleder

Prof. Dr. August-Wilhelm Scheer, BITKOM-Präsident

Vortrag bei der Pressekonferenz zur Bewertung der Wahlprogramme

Seite 2

tionssysteme schlichtweg nicht machbar. Deshalb hat uns interessiert, wie sich die Parteien hier aufstellen.

Das Ergebnis ist in Einzelfällen gut, insgesamt aber sehen wir noch erheblichen Raum für Verbesserungen. Für die Zeit nach der Krise brauchen wir ein in sich schlüssiges, innovationsorientiertes Wachstumskonzept. In den offiziellen Wahlprogrammen vieler Parteien steht zu zentralen Themen der Innovationspolitik oft zu wenig. Deshalb haben wir den sechs im Bundestag vertretenen Parteien konkrete Fragen gestellt. Die Antworten wurden an die BITKOM-Mitglieder geschickt und wir erhielten 745 Personen Antworten. Dabei konnten die Teilnehmer im Übrigen nicht erkennen, welche Position von welcher Partei stammt. Die Befragten sollten sich bei der Bewertung nicht von ihren persönlichen politischen Präferenzen beeinflussen lassen.

Die BITKOM-Mitglieder sollten zunächst entscheiden, welche innovationspolitischen Themen für sie in der kommenden Legislaturperiode die größte Bedeutung haben. Sie haben das Thema Bildung ganz nach oben gestellt. Auf Platz zwei liegt der Datenschutz, gefolgt vom Umwelt- und Klimaschutz bzw. Green IT. Weitere Top-Themen sind die Telekommunikationspolitik, die Forschungspolitik und der Ausbau der elektronischen Verwaltungen. Zudem haben wir den Teilnehmern die Positionen der Parteien zu den Themen Gesundheit, insbesondere zur elektronischen Gesundheitskarte, und zum Urheberrecht gestellt.

Über alle acht betrachteten Politikfelder hinweg werden die Antworten der Parteien nur in wenigen Fällen richtig gut bewertet. Ich möchte betonen, dass der BITKOM immer auf seine parteipolitische Unabhängigkeit geachtet hat und dies auch weiterhin tun wird. Damit unterscheiden wir uns durchaus von anderen Wirtschaftsverbänden, die zum Teil stark parteipolitisch geprägt sind. Was wir hier darstellen, ist die Meinung jener, die in unseren Mitgliedsfirmen Verantwortung tragen.

Nicht von ungefähr haben unsere Mitglieder das Thema Bildung an die erste Stelle gesetzt. Der Fachkräftemangel im Hightech-Sektor ist kein Luxusproblem in Boom-Phasen. Unsere aktuelle Branchenbefragung zeigt, dass selbst in der schlimmsten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten ein Viertel der Firmen sagen, dass der Fachkräftemangel ein ernstes Problem für ihre Geschäftstätigkeit ist.

Deshalb fordern wir, dass in den Schulen der Anteil der technischen Fächer auf ein Drittel aller Stunden erhöht und Informatik als Pflichtfach fest in den Stundenplänen

Prof. Dr. August-Wilhelm Scheer, BITKOM-Präsident

Vortrag bei der Pressekonferenz zur Bewertung der Wahlprogramme

Seite 3

verankert wird. Schülerinnen und Schüler, die in der Schule Informatikunterricht hatten, entscheiden sich eher für ein entsprechendes Studium. Für uns ist auch das Thema erleichterte Zuwanderung von Hochqualifizierten noch nicht vom Tisch. Es gab hier zwar leichte Verbesserungen, aber Grundlegendes hat sich bisher nicht geändert.

Die CDU/CSU hat beim BITKOM-Topthema Bildung mit sehr deutlichem Abstand die beste Bewertung erreicht. Die Union gibt das Ziel vor, bis zum Jahr 2015 die Ausgaben für Bildung und Forschung auf 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigern zu wollen. Bundesweit sollen einheitliche Leistungsmaßstäbe gelten und die Abschlüsse möglichst vergleichbar sein. Noch besser wäre aus BITKOM-Sicht ein grundlegender Neuanfang in der Bildungspolitik mit mehr Einfluss für den Bund. Die Föderalismusreform II war aus unserer Sicht in jenem Punkt ein historischer Fehler, wo fast alle Zuständigkeiten in der Bildung an die Länder übergeben wurden. Dies sollte man so nicht stehen lassen.

Die SPD konnte mit ihren Aussagen zur Forschungspolitik punkten und erreichte hier den Spitzenplatz. Die Sozialdemokraten haben erklärt, die steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung einführen zu wollen. Die steuerliche FuE-Förderung ist ein wichtiges Instrument, das inzwischen von den meisten OECD-Ländern eingesetzt wird. Die Funktionsweise ist einfach: Unternehmen werden entlastet, indem sie Aufwendungen für Forschung und Entwicklung steuerlich besonders begünstigt werden. Damit werden Mittel frei, die in neue Forschungsvorhaben fließen können. Davon profitieren vor allem innovative Branchen, zum Beispiel die Chipindustrie oder Software-Entwickler, aber auch die Automobilindustrie sowie die Medizin- und Umwelttechnik. Die SPD will die steuerliche FuE-Förderung allerdings auf kleine und mittlere Unternehmen beschränken. Eine Begrenzung auf den Mittelstand ist aus BITKOM-Sicht nicht sinnvoll. Deutschland muss gerade für internationale Konzerne als Forschungsstandort attraktiver werden. In Deutschland ansässige Forschungszentren von global agierenden Hightech-Unternehmen wie IBM, Infineon, SAP oder Intel stehen in einem harten Wettbewerb mit anderen Standorten in aller Welt. Bessere Rahmenbedingungen sind ein wichtiger Anreiz, hier zu bleiben oder nach Deutschland zu kommen.

In der Umfrage unberücksichtigt blieb der Deutschland-Plan von Frank-Walter Steinmeier. Der Kanzlerkandidat der SPD hat damit inhaltlich nachgelegt. Es gibt gute Ansätze, zum Beispiel bei der Förderung des Software-Standorts oder beim Ausbau

Prof. Dr. August-Wilhelm Scheer, BITKOM-Präsident

Vortrag bei der Pressekonferenz zur Bewertung der Wahlprogramme

Seite 4

intelligenter Netze. Wir hoffen und wünschen uns, dass sich die SPD den Deutschland-Plan in wesentlichen Punkten zu Eigen macht.

Besonders freut uns, dass die BITKOM-Mitglieder den Datenschutz zum zweitwichtigsten Thema hinter der Bildung gewählt haben. In der Tat ist eine Runderneuerung des Datenschutzrechts dringend notwendig. Das aktuelle Datenschutzrecht stammt im Kern aus den achtziger Jahren. Daran ändert auch die im Juli beschlossene Novelle nichts, die sich vor allem mit dem Datenhandel befasst. Das Datenschutzrecht muss an die Gegebenheiten der digitalen Welt angepasst werden. Heute stellt ein Viertel aller Bundesbürger persönliche und teils intime Informationen ins Netz. 38 Prozent machen Online-Banking, 42 Prozent kaufen im Internet ein und hinterlassen dabei oft personenbezogene Daten. Aus Sicht des BITKOM ist dieser Entwicklung nur mit einem mehrstufigen Datenschutzkonzept beizukommen. Die Schuhgröße muss nun einmal anders geschützt werden als Angaben über die Gesundheit oder den Kontostand.

Die FDP hat beim Thema Datenschutz am besten abgeschnitten. So setzen sich die Liberalen unter anderem für eine Verankerung des Datenschutzes im Grundgesetz ein. Das ist kein schlechter Vorschlag. Die Aufnahme des Datenschutzes ins Grundgesetz ist ein symbolischer Akt, der in der Öffentlichkeit ein Zeichen setzen könnte. Was die praktische Umsetzung angeht, sind wir als BITKOM hier einen Schritt vorangegangen. Nachdem das Datenschutzauditgesetz nicht wie geplant verabschiedet werden konnte, haben wir uns dem Innenministerium freiwillig gemeinsam mit den großen Telekommunikationsfirmen für eine Pilot- und Testphase angeboten.

Ein wichtiges Thema ist Green IT. Eine McKinsey-Studie zeigt: Durch die zunehmende ITK-Nutzung können weltweit bis zu 7,8 Milliarden Tonnen CO₂ eingespart werden. ITK hilft, Energie und Ressourcen in Wirtschaft, Verwaltung und Privathaushalten einzusparen. Dank ITK können Unternehmen effizienter produzieren oder Prototypen am Rechner erproben, Pendler werden zu Telearbeitern, Videokonferenzen ersetzen Flüge. Damit kann ein altes Gesetz außer Kraft gesetzt werden, wonach volkswirtschaftliches Wachstum gleichbedeutend mit einem steigenden Energieverbrauch ist. Die Politik kann die dahinterliegenden Prozesse fördern. Staatlicher Zwang, wie ihn die Linke favorisiert, ist dabei keine Lösung. Sie will den Energieverbrauch der ITK-Wirtschaft per Gesetz begrenzen. Nicht nur damit kam die Linke bei den BITKOM-Mitgliedern nicht gut an. Folglich belegte sie bei diesem Thema und in der Gesamtwertung den letzten Platz.

Prof. Dr. August-Wilhelm Scheer, BITKOM-Präsident

Vortrag bei der Pressekonferenz zur Bewertung der Wahlprogramme

Seite 5

Ein Dauerbrenner der BITKOM-Themen ist das Thema E-Government. In den vergangenen Jahren hat Deutschland aufgeholt, ist aber noch längst nicht Spitze. Echte Interaktion zwischen den Bürgern und den Behörden findet per Internet nur selten statt. In der Regel druckt der Bürger ein Formular aus, füllt dieses mit dem Kugelschreiber aus und schickt es dann per Briefpost an die Behörde. Hier ist noch jede Menge Arbeit zu tun. Die Grünen haben bei diesem Thema sehr gut abgeschnitten. Sie wollen Verwaltungsprozesse über das Internet entbürokratisieren und verschlanken. Und sie wollen neue Formen der direkten Bürgerbeteiligung über das Internet erproben. Das kam bei den Befragten sehr gut an.

dies waren die Ergebnisse unserer Umfrage zur Hightech-Politik im Wahlkampf. Zu viel Schatten, zu viel Mittelmaß, zu wenig Licht. Wie man es aus unserer Sicht besser machen könnte, haben wir in diesen beiden Publikationen zusammengefasst und den Parteien vorgelegt. Besten Dank!